

Die Eroberung Chinas

Autor(en): **Mooser, Hubert**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer**

Band (Jahr): **41 (2014)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-909831>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Eroberung Chinas

Die Schweiz hat als erstes europäisches Land mit China ein Freihandelsabkommen unterzeichnet.

Auch Skeptiker wollten, angesichts der Wirtschaftsmacht, das Abkommen nicht verhindern.

China ist schon heute hinter der EU und den USA der dritt wichtigste Handelspartner der Schweiz.

2012 betrug die Exporte nach China 7,8 Milliarden Franken.

Von Hubert Mooser

Das Timing hätte nicht besser sein können: Während das Historische Museum in Bern erstmals in der Schweiz Terrakottafiguren aus dem Grab des chinesischen Kaisers Qin präsentierte und so die Geschichte Chinas den Eidgenossen näherbrachte, feilten Schweizer und chinesische Unterhändler an den letzten Sätzen zu einem Freihandelsabkommen. Hier die Geburtsstunde einer Supermacht, da ihre wirtschaftliche Expansion. China elektrisiert alle. Noch nie ist ein Land in so kurzer Zeit von einem Agrarstaat zu einer industriellen Grossmacht aufgerückt. Seit den Wirtschaftsreformen von 1978 verzeichnet dieses riesige Reich mit 1,3 Milliarden Einwohnern und einer rasant wachsenden Mittelschicht unglaubliche Wachstumsraten. Und die Schweizer Wirtschaft hofft, dass China in Zukunft ein noch wichtigerer Absatzmarkt für ihrer Produkte werden könnte.

Ängste sind plötzlich verflogen

Gross war darum die Euphorie, als am 6. Juli 2013 der Schweizer Wirtschaftsminister, Bundesrat Johann Schneider-Ammann, und sein chinesischer Amtskollege Gao Hucheng in Peking ihre Unterschrift unter den über 1000 Seiten langen Freihandelsvertrag setzten. Er bringt ab Mitte 2014 Erleichterungen beim Austausch von Waren und Dienstleistungen, einen besseren gegenseitigen Marktzugang, mehr Sicherheit für Investoren und besseren Schutz des geistigen Eigentums. Allein die dadurch eingesparten Zölle belaufen sich für Schweizer Unternehmen auf über 200 Millionen Franken pro Jahr. «Mit dem Vertrag werden schätzungsweise mindestens 95 Prozent des Wirtschaftsaustausches mit China zollbefreit», sagt Botschafter Christian Etter, der als Leiter des Bereichs Aussenwirtschaftliche Fachdienste im Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO), die schwierigen Vertragsverhandlungen mit den Chinesen leitete. Es profitieren Maschinenbauer, Uhrenindustrie, Chemie- und Pharmaindustrie, aber auch die Konsumenten – weil durch billigere Einfuhren der Druck auf die Preise steigt. Aber vor allem:

Das Abkommen mit China bietet Schweizer Industrie und Dienstleistern Wettbewerbsvorteile gegenüber europäischen Konkurrenten, die EU und China haben nämlich noch keinen Freihandelsvertrag miteinander abgeschlossen. Plötzlich sind die Ängste verflogen, dass Schweizer Firmen noch stärker nach China abwandern und die Eidgenossenschaft von billigen Lebensmitteln, Kleidern und Spielzeugen aus der «Weltfabrik China» überschwemmt werden könnte.

Bundesrat Schneider-Ammann sprach von einem Meilenstein in der Geschichte der Beziehung zwischen der Schweiz und China. Und Bundespräsident Ueli Maurer verstieg sich sogar zur Aussage, man solle nun auch unter das Massaker vom Tiananmen-Platz einen Strich ziehen, also unter die gewaltsame Niederschlagung der Demokratiebewegung im Jahre 1989 durch das chinesische Militär, bei der etwa 2600 Menschen umgebracht worden sind.

Kritiker haben einen schweren Stand

Einen schweren Stand haben Organisationen und Politiker, die auf Geschehnisse wie das Tiananmen-Massaker hinweisen, oder auf Zwangsarbeit, fehlende Versammlungsfreiheit und Religionsfreiheit, Missachtung der Menschenrechte, prekäre Arbeitsbedingungen, Umweltverschmutzung und auch auf Tibet. Die Sorge der Tibeter vor noch mehr Verfolgung dürfe Politiker nicht nur beim Unterschreiben von Petitionen beschäftigen, sagte SP-Vizepräsidentin Jacqueline Fehr im Dezember während der Debatte zum Vertrag im Nationalrat. Aber sie scheiterte mit ihrem Antrag, den Vertrag zurückzuweisen ebenso wie beim Versuch, das Freihandelsabkommen dem Referendum zu unterstellen. Nicht einmal alle Linken und Grünen unterstützten die Bemühungen der Zürcher Nationalrätin.

Der Freihandelsvertrag stürzte besonders die Gewerkschaften in ein Dilemma. «Es ist sehr enttäuschend, dass die Einhaltung der Menschenrechte und der Verweis auf die universelle Erklärung über die Menschenrechte nicht explizit im Abkommen figurieren», sagt

der frühere UNIA-Präsident, Vasco Pedrina, heute Berater der Gewerkschaften bei internationalen Dossiers. Man sei jedoch zur Überzeugung gekommen, dass trotz der gravierenden Schwächen dieses Abkommens «eine Ablehnung und ein Referendum uns nicht weiterbringen».

Aber auch die mächtige Bauernlobby, welche sich gegen die Aufnahme von Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit den USA ausgesprochen hatte, stellt sich hier hinter das Abkommen. «Sämtliche Anforderungen der Landwirtschaft wurden mit dem China-Freihandelsabkommen erfüllt», sagt Bauernpräsident und CVP-Nationalrat Markus Ritter.

China akzeptiert Verweis auf UNO-Charta

Der Vertrag wurde vom Nationalrat problemlos abgesegnet, und im Ständerat, wo das Abkommen in der Frühjahrssession 2014 beraten wird, dürfte der Widerstand noch geringer sein. Die breite Zustimmung ist für Botschafter Etter keine Überraschung. «Das Parlament hat bisher alle 28 Freihandelsverträge angenommen», sagt er. Freilich habe der Vertrag mit China mehr zu reden gegeben, weil China als Partner mehr Strahlkraft habe. Deshalb sei auch die Menschenrechtssituation im Vergleich zu den meisten früheren Abkommen stärker thematisiert worden. «Aber ganz neu ist das nicht, auch beim Abkommen mit Kolumbien 2009 waren die Menschenrechte im Parlament ein Thema», sagt der Chefunterhändler. Die Schweiz und China haben Vereinbarungen getroffen, «die für dieses Land nicht selbstverständlich sind», sagt Etter. Zum Beispiel eine Bekräftigung der UNO-Charta, in deren Artikel 1 es heisst, dass die Beachtung der Menschenrechte Ziel der internationalen Beziehungen ist. Etter ist überzeugt, dass ein intensiverer Austausch mit China nicht nur die wirtschaftliche, sondern auch die politische Öffnung dieses Landes fördert. Die Volksrepublik China bemüht sich seit einigen Jahren intensiv um einen besseren Zugang zu ausländischen



Bundesrat Johann Schneider-Ammann mit dem chinesischen Premierminister Li Keqiang bei einem Treffen in Peking am 6. Juli 2013

Absatzmärkten. Die Aufnahme in die Welt Handelsorganisation WTO 2001 liess die Exporte explodieren. 2009 überholte China bei den Exporten Deutschland und wurde zur grössten Exportnation.

Ein historischer Hintergrund

Dass die Schweiz als eines der ersten westlichen Länder mit China ein Freihandelsabkommen erreichte, hat auch einen historischen Hintergrund. «Man hat in China nicht vergessen, dass die Schweiz 1950 eines der ersten westlichen Länder war, welches die Volksrepublik China anerkannte», sagt Etter. Nach der Wirtschaftsreform von 1978 habe Liftbauer Schindler als erste ausländische Firma in China ein Joint Venture abgeschlossen. Seither haben sich die Beziehun-

gen zwischen den beiden Ländern stetig intensiviert.

2007 sendete die damalige Schweizer Wirtschaftsministerin, Doris Leuthard (CVP), Botschafter Etter zu einem ersten Gespräch nach Peking. Zwischen 2008 und 2010 standen exploratorische Gespräche (Sondierungsgespräche), Workshops mit Schweizer und chinesischen Industrievertretern sowie eine gemeinsame Machbarkeitsstudie auf dem Programm. Formell eröffnet wurden die Verhandlungen 2011 von Leuthards Nachfolger Schneider-Ammann. Nach zwei Jahren und neun Verhandlungsrunden war der Vertrag unter Dach. Die Medien sprachen von einem schnellen Ergebnis. Dazu sagt Etter: «Ich habe Verhandlungen erlebt zwischen sechs Monaten und

zehn Jahren. Zwei Jahre ist ein guter Wert.» Kulturelle Unterschiede hätten die Verhandlungen nicht erschwert.

Auch wenn die Verhandlungen manchmal sehr schwierig gewesen seien, habe die Zusammenarbeit zwischen den Fachleuten beider Seiten und die gemeinsame Suche nach Win-win-Situationen gut funktioniert. Der Vertrag soll nun alle zwei Jahre auf Verbesserungsmöglichkeiten überprüft werden. Damit der wirtschaftliche Austausch mit China zu einer Erfolgsstory wird – wie die Qin-Ausstellung, die über 300 000 Besucher ins Historische Museum nach Bern lockte, so viele wie noch nie seit Bestehen des Museums.

HUBERT MOOSER ist Redaktor beim «Tages-Anzeiger»

FREIHANDELSVERTRÄGE SIND WICHTIG FÜR DIE SCHWEIZ

Die Statistik zeigt, wie wichtig Freihandelsabkommen für die Schweiz sind: Gegenwärtig werden fast 20 Prozent der gesamten Exporte der Schweiz durch Freihandelsabkommen mit Ländern ausserhalb der EU abgedeckt. Verhandlungen führt die Schweiz zur Zeit mit Indien, Indonesien und Thailand sowie mit der Zollunion Russland-Weissrussland-Kasachstan. 2013 sind Verhandlungen über Freihandelsabkommen mit Costa Rica und Panama sowie mit Bosnien-Herzegowina abgeschlossen worden. Vereinhart ist ausserdem, dass man im kommenden Jahr mit Malaysia Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen aufnimmt. Botschafter Christian Etter sagt zu den vielen Baustellen in der

Aussenwirtschaftspolitik: «Die Diversifikation der Exportmärkte ist ein erklärtes Ziel des Bundesrates.»

EXPORTMARKT CHINA

China ist nach der EU und den USA der wichtigste Schweizer Exportmarkt. 2012 betrug die Exporte nach China 7,8 Milliarden Franken pro Jahr, aus China importiert die Schweiz Waren für 10 Milliarden. In Asien ist China zusammen mit Hongkong aus Schweizer Sicht mittlerweile der wichtigste Absatzmarkt. Ökonomen prophezeien, dass sich dank dem Freihandelsabkommen das Handelsvolumen mit der Volksrepublik in den kommenden zehn Jahren verdoppeln werde.